



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREIS CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Kreisarbeitsprogramm 2018 +

der

SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

(Fassung gemäß Beschlusslage der Kreisdelegiertenversammlung
der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf vom 13. Oktober 2018)

SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Kontakt

isabel.herrmann@spd.de
Telefon: (030) 86 31 38 75
Telefax: (030) 86 31 38 76

Sprechzeiten: Di 15-17 Uhr | Mi und Do 10- 12 Uhr
Internet: www.spd-citywest.de

Kontoverbindung: Postbank Berlin
IBAN: DE85 1001 0010 0046 2911 08
BIC: PBNKDEFF



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREIS CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Inhalt

Ausgangslage und Zielsetzung	4
Die Aufgaben der SPD CW – das KAP2018+	5
Wir fordern inhaltliche Erneuerung der Bundespartei ein	5
Wir beteiligen uns an der Erneuerung der SPD Berlin	5
Wir erneuern auch unsere Arbeit	6
Programmatische Erneuerung	7
Bildung / Qualifizierung	7
Zukunft der Arbeit – Soziale Sicherungen in Zeiten des Plattformkapitalismus	7
Mieten und Wohnen	9
Migration und Zuwanderung	11
Integration	11
Europa-Wahlkampf	11
Organisatorische Erinnerung	13
Kommunikation extern	13
Öffentliche Aktionen	14
Preisverleihung „Rotes Tuch“	15
Gemeinsam feiern	15

SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Kontakt
isabel.herrmann@spd.de
Telefon: (030) 86 31 38 75
Telefax: (030) 86 31 38 76

Sprechzeiten: Di 15-17 Uhr | Mi und Do 10- 12 Uhr
Internet: www.spd-citywest.de

Kontoverbindung: Postbank Berlin
IBAN: DE85 1001 0010 0046 2911 08
BIC: PBNKDEFF

Ämter und Mandate	15
Instrumente der Gleichstellung	15
Delegierte für AGen bei KDVen und Landesparteitagen	16
Fit für innerparteiliche Ämter	16
Wechselseitige Impulse mit Bürgerinnen und Bürger & Gremien	16
Kommunikation intern	17
Arbeitsgemeinschaften, Neumitglieder, Abteilungen, Kreisvorstand	17
Arbeitsgemeinschaften	17
Neumitglieder	18
Abteilungen	18
Kreisvorstand	18
Kreisdelegiertenversammlungen	18
Breite Diskussionen in der SPD CW	19

Ausgangslage und Zielsetzung

Ob als Teil von Regierungen oder als Partei in der Opposition, die SPD blickt nach vorne und (er)findet sich neu. Wir wollen in wenigen Jahren wieder deutliche Mehrheiten in den Parlamenten erreichen. Dazu gehört eine profilierte Arbeit der SPD im Bund und eine erfolgreiche Arbeit der SPD in Berlin – sowohl auf Landes-, als auch auf Bezirksebene.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, für die die SPD insgesamt ihre Arbeitsweise klären muss. Insbesondere die weltweiten Megatrends Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel, soziale und wirtschaftliche **Ausgrenzung** sowie Migration führen zu gesellschaftlichen Herausforderungen und einem tiefgreifenden, strukturellen Wandel. Sie stellen auch die SPD vor enorme Aufgaben. Die SPD ist Mitte des 19. Jahrhunderts aus einem großen gesellschaftlichen Umbruch entstanden und ist seit jeher Fortschrittspartei. Digitalisierung und Globalisierung bieten ohne Zweifel auch Chancen. Sie müssen von uns aber mutig und sozial gerecht gestaltet werden. Dazu wollen wir eine Zukunftsvision entwickeln, um Fehlentwicklungen zu verhindern oder ihnen entgegenzuwirken.

Dabei geht es auch darum, die Lebensgrundlagen auf der Erde für die kommenden Generationen dauerhaft zu bewahren. Unser jetziger Lebensstil benötigt 3 und mehr Erden. Er zerstört die Lebensgrundlagen weltweit, widerspricht unseren sozialdemokratischen Grundwerten und wirkt u.a. durch Fluchtbewegungen auf uns zurück. Unser nicht nachhaltiges, ungebremstes Produktions-, Wachstums- und Konsumverhalten verursacht den Klimawandel und macht die ökologische Selbstzerstörung menschlichen Lebens wahrscheinlich.

Wir wollen durch eine umfassende innerparteiliche und öffentliche Diskussion auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein grundlegendes Umdenken und Handeln gemäß den 17 international beschlossenen Zielen der Nachhaltigkeit anstoßen. Wenn wir führende Gestaltungskraft für ganz Berlin sein wollen, müssen wir dies bei unserem Handeln im Bezirk berücksichtigen.

Die Menschen erwarten von der SPD zu Recht Antworten in den Bereichen, die für ihre Lebensentwürfe von zentraler Bedeutung sind. Wir müssen verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Die Angst vor dem Verlust von bezahlbarem Wohnraum und vor den Umwälzungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt sind hierbei zwei zentrale Politikfelder, die wir als SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zukünftig konzentriert bearbeiten wollen und dabei natürlich auch auf Landes- und Bundesebene unsere Akzente setzen werden.

Hierzu werden wir neue, überzeugende politische Antworten und auch Formate entwickeln. Gleichzeitig werden wir nicht auf unsere eingeführten öffentlichen Formate – wie unsere Stadtspaziergänge, Stolperstein- und Einschulungsaktionen sowie Kommunikation über das Berliner Stadtblatt und die Beteiligung an landesweiten Aktionen wie die Rosenverteilung zum 8. März – verzichten. Diese Auf-

gabe werden wir bewältigen, wenn alle Genossen und Genossinnen offen und ehrlich an der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung mitarbeiten.

Auf dieser Grundlage gibt sich die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf das vorliegende Kreis-Arbeitsprogramm (KAP), mit dem wir die inhaltlichen und organisatorischen Grundsätze unserer politischen Arbeit für die nächsten Jahre festlegen.

Die Aufgaben der SPD CW – das KAP2018+

Als großer Kreisverband muss die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ihren Beitrag zur Erneuerung der gesamten SPD durch entsprechende politische Initiativen leisten. Dazu bedarf es im Einzelfall der strukturierten Vorbereitung von Kreisdelegiertenversammlungen einschließlich der Erarbeitung von Leitanträgen.

Darum geben wir uns ein **Kreisarbeitsprogramm (KAP), als Orientierungsrahmen für die nächsten Jahre** – wohl wissend, dass die demokratische **Erneuerung der SPD ein immerwährender Prozess** und wichtige Aufgabe für uns bleibt. „2018+“ bedeutet, dass wir mit der Verabschiedung des KAP nicht aufhören werden, zu diskutieren und die SPD zu erneuern.

Wir fordern inhaltliche Erneuerung der Bundespartei ein

Der Gang in die „GroKo“ darf nicht dazu führen, dass die SPD weitere vier Jahre verpasst, ihr eigenes Profil wieder zu schärfen. Wir wollen in den Kernbereichen der Wiedererlangung eines sozialen Profils der SPD politisch konsistente Positionen entwickeln und deren Umsetzung im Profil der Gesamtpartei konsequent einzufordern, insbesondere in den Bereichen einer armutsfesten Rente, der Abschaffung des ausufernden Niedriglohnbereiches, z. B. durch die Anhebung des Mindestlohnes auf mindestens 12 Euro, die Wiederausdehnung der Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes auf Betriebe mit mehr als 5 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einer Zurückdrängung prekärer Arbeitsformen, die Abschaffung der Hartz-4-Sanktionen, die Befreiung vieler Menschen aus den Hartz-4-Fesseln, z. B. durch das Instrument des „solidarischen Grundeinkommens“. Das Hartz-4 System muss ersetzt werden durch ein neues solidarisches Sicherungssystem. Dies gilt auch und insbesondere dort, wo es darum geht, gesellschaftliche Entwicklungen wie die Digitalisierung so zu begleiten, dass ihre Effekte den „Vielen“ und nicht den „Wenigen“ zu Gute kommen. **Darum beteiligen wir uns aktiv an dem Erneuerungsprozess der Bundes-SPD.**

Wir beteiligen uns an der Erneuerung der SPD Berlin

Mit dem Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün (R2G) wurden unter Führung der SPD wesentliche Umsteuerungen bei den Investitionen in Bildung (Hochschule, Schule und Kita), Wohnraumversorgung

(Neubau und Erhaltung bezahlbaren Wohnraums) sowie bei der Reorganisation der Berliner Verwaltung vorgenommen.

Diese politisch richtigen Entscheidungen müssen nun auch umgesetzt werden, um das **Vertrauen in unsere Regierungsfähigkeit** zu erhalten. Es sind nicht nur die politischen Absichten der Parteien, die in Wahlen entscheidend sind, sondern vor allem die tatsächlich in der Regierungsarbeit erreichten Ergebnisse („gutes Regieren“). Wir benötigen daher eine Förderung des Neubaus in Berlin und – wenn nötig – ergänzend im Umland. Dazu müssen alle Teile der SPD auf Kreis- und Landesebene eng zusammenarbeiten und deutlich machen, dass die SPD auf Landesebene und in den sozialdemokratisch geführten Bezirken für eine engagierte und nachhaltige Neubaupolitik steht. Hier muss Druck von unten und oben auf die Koalitionspartner auch öffentlich ausgeübt werden, Wohnungsneubau – vor allem im bezahlbaren Segment – sehr viel stärker als bisher zu betreiben. Der Ausbau des Bildungsbereiches und die Wiederherstellung einer leistungsfähigen Berliner Verwaltung scheitern derzeit an der Schwierigkeit, bewilligte neue Stellen auch zu besetzen. Allein Stellen leisten keine Arbeit. Wir benötigen hier dringend einen Ideenwettbewerb, der für die Übergangszeit der notwendigen Ausbildungen befristete Lösungen anbietet, sowie mutige politische Initiativen zur Umsetzung in Absprache mit den Gewerkschaften und Personalräten. Schon während der Herausforderung mit der Vielzahl der Geflüchteten im Jahre 2015 agierten beide als konstruktive Partner. Daran können wir für einen besseren Service für die Berlinerinnen und Berliner anzuknüpfen.

Die SPD Berlin hat den Anspruch, die führende Gestaltungskraft für ganz Berlin zu sein. Keine andere Partei regiert in Berlin so lange und erfolgreich wie die SPD. Damit dies so bleibt, müssen wir mit neuen Ideen und Lösungsansätzen vorangehen, mit einer klaren Haltung und mit einer klaren Linie. Wir wollen, dass allen wieder klar ist, wofür die SPD steht und für wen sie kämpft. Dafür müssen wir den Mut haben, ehrlich zu sagen, was in Berlin los ist.

Wir erneuern auch unsere Arbeit

Es muss für uns auch darum gehen, gegenüber den politischen Wettbewerbern im Bezirk ein eigenes Profil so zu entwickeln, dass unsere Bezirksbevölkerung dies auch wahrnimmt. Die Gesamtpartei in Charlottenburg-Wilmersdorf muss identifizierbar sein, im Sinne eines sozialen Profils und eines erkennbaren Willens, die Probleme der Menschen aufzugreifen und wo immer möglich zu lösen.

In einem **bemerkenswerten und engagierten Beteiligungsprozess** hat die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf programmatische und organisatorische Schwerpunkte für ihre Arbeit entwickelt. Diese Punkte sind die Grundlage des Kreisarbeitsprogramms für die Jahre bis 2020 und darüber hinaus. Im Mai und Juni 2018 brachten die Mitglieder, die Arbeitsgemeinschaften und die Abteilungen ihre Impulse für die Neuausrichtung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ein. Aus diesen Impulsen entwi-

ckelte der Kreisvorstand bei seiner Klausur am 15. Juni 2018 zehn Themenfelder, die die **Grundlage für das KAP2018+** bieten.

Die SPD ist eine Partei der Vielfalt. Sie wird durch ihre Mitglieder geprägt. Damit trägt auch jedes einzelne Mitglied eine Verantwortung für den Erneuerungsprozess.

Programmatische Erneuerung

Bildung / Qualifizierung

Wir sind stolz darauf, dass Bildung in Berlin kosten- und beitragsfrei ist. Auch in die Schulbauoffensive kommt endlich Schwung. Auf diese Erfolge müssen wir stolz sein und dies auch nach außen tragen. Dennoch spüren wir bereits jetzt den erheblichen Fachkräftemangel auch im Bereich der Bildung. Erzieherinnen und Erzieher sind inzwischen heiß begehrte Mangelware geworden. Ihre Bezahlung muss in Berlin deutlich besser werden. Denn vor allem in den Kitas wird der Grundstein für eine gute Erziehung gelegt. Genauso müssen wir deutlich mehr in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern investieren.

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf sieht es als ihre Pflicht, Kontakt zu den verschiedenen Bezirkselternausschüssen, zum Schüler- und Schülerinnenausschuss und dem Kinder- und Jugendparlament herzustellen. Wir laden alle Abteilungen dazu ein, Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bildungsbereich zu sich einzuladen und über deren Bedürfnisse zu diskutieren. Hierfür werden wir Veranstaltungsformate entwickeln, um die Probleme und Anliegen der Eltern, Schüler und Schülerinnen und Lehrkräfte vor Ort aufzunehmen und in die Landespolitik der Berliner SPD hineintragen zu können. Wir wollen offen sein für alle Probleme rund um das Thema Schule, Bildung und Weiterqualifizierung. Ein erster Aufschlag wird dazu unser Flyer zum Thema Schulwegsicherheit sein.

Wir wollen einen Bildungstag für unsere Gliederungen ausrufen und uns ganz konkret an einem Tag mit dem Thema Bildung auseinandersetzen. Dies kann zum Beispiel rund um die Einschulung stattfinden.

Zukunft der Arbeit – Soziale Sicherungen in Zeiten des Plattformkapitalismus

Arbeit ist in einem stetigen Wandel. Seit der Industrialisierung gab es diverse Umbrüche in der Arbeitswelt. Die Digitalisierung verlangt von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern viel ab und schafft auch Zukunftsängste. Wir beobachten gerade in unserer durch Dienstleistungen geprägten Metropole neue Formen der Arbeit, die parallel zu den klassischen "Arbeitsverhältnissen" entstehen.

So gibt es Solo-Selbstständigkeiten oder Crowdfunding. Diese Formen haben einen ganz anderen Anspruch an Arbeit als die traditionellen Lohnarbeitsverhältnisse.

Plattformkapitalismus und Digitalisierung führen mehr und mehr zur Veränderung klassischer Arbeitsformen. Die Grenzen zwischen Lohnarbeit und Selbstständigkeit lösen sich auf (Stichwort Uber-Dienste und Crowdfunding). Wir wollen, dass niemand unfreiwillig in atypische Arbeitsverhältnisse abgedrängt wird. Wir müssen unsere Sozialversicherungssysteme so anpassen, dass sie auch Menschen, die abhängig, aber nicht in klassischer Lohnarbeit arbeiten, soziale Sicherheit geben. Hier geht es vorrangig um Fragen der Rentenversicherung und einer endlich einzuführenden Bürgerversicherung. Aber auch Phasen der Arbeitslosigkeit müssen abgesichert werden. Fragen einer weiteren gewerkschaftlichen Organisation auch in atypischen Arbeitsverhältnissen und von allgemein geltenden Branchentarifverträgen sind hier aus sozialdemokratischem Verständnis heraus zusätzlich zu klären.

Dazu wollen wir in einer Veranstaltung, die sich besonders an Selbstständige, Crowd-Worker und StartUp-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen richtet, diese Fragen diskutieren und Instrumente entwickeln. Gleichzeitig sollen im Diskurs Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie im Einklang mit einer sozialen Gestaltung der Arbeit der Standort Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf bzw. der Standort Berlin für die Ansiedlung junger und etablierter Unternehmen attraktiv weiter gestaltet werden kann. Unser Ziel ist es eine faire und soziale Ausgestaltung von Arbeit zu schaffen, die für alle Beteiligten am Arbeitsmarkt attraktiv ist. Der Faktor der Kosten der Arbeit sollte dabei keine überordnete Rolle spielen, sondern es sollen die Vorzüge einer sozial gestalteten Arbeit auch für Arbeitgeber hervorgehoben werden. Die wesentlichen Akteure und besonders die Gewerkschaften werden wir dabei einbinden.

Wir stehen vor neuen Herausforderungen. Die soziale Gestaltung von Arbeit 4.0 können wir nicht mit den Instrumenten von vor 15 Jahren bewältigen. Diese Instrumente der Agendapolitik werden nach wie vor von den Menschen in diesem Land als zutiefst sozial ungerecht empfunden. Sie berücksichtigt die Lebensleistungen nicht und verwaltet viel zu oft Langzeitarbeitslosigkeit in Hartz IV, in dem das Fordern und Sanktionieren einen viel stärkeren Stellenwert einnimmt als das Fördern.

Der Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller für ein **Solidarisches Grundeinkommen**, das Arbeit in regulären Arbeitsverhältnissen im sozialen Bereich schafft, ist ein erster Schritt, ein neues Recht auf Arbeit zu schaffen, anstatt im Hartz IV-System Arbeitslosigkeit zu verwalten. Das Konzept des Solidarischen Grundeinkommens bildet einen wesentlichen Baustein, um zu zeigen, dass sich die SPD schrittweise von der Agendapolitik verabschiedet und dem neue Ideen für eine zukünftige Sozialpolitik entgegenstellt, um sich so auf die Herausforderungen der digitalen Zukunft der Arbeit einzustellen.

Zurzeit werden die Grundlagen für ein Berliner Pilotprojekt zum Solidarischen Grundeinkommen gelegt. Der Bezirk soll sich aktiv an der Umsetzung des Pilotprojektes beteiligen und so helfen, eine Alternative zum zurecht als sozial ungerecht empfundenen Hartz-IV-System umzusetzen.

Gleichzeitig muss das bisherige Hartz IV-System endlich menschlich gestaltet werden, ohne Zwang und ohne Sanktionssystem, sondern als echte Grundsicherung für das Mindeste zum Leben. Dazu wollen wir unsere Parteimitglieder in einer Veranstaltung zum Solidarischen Grundeinkommen über das Konzept und die Möglichkeiten der Änderung des Hartz IV-Systems informieren sowie die Pläne von Hubertus Heil für den im Koalitionsvertrag vereinbarten sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose diskutieren. Hierbei wollen wir auch darlegen, welche Jobs im Bezirk für das Solidarische Grundeinkommen infrage kommen. Darüber hinaus wollen wir eine öffentliche Veranstaltung zum gleichen Themenbereich durchführen, um das Thema besser in der Öffentlichkeit zu erläutern und auch hier aufzuzeigen, welche sozialen Jobs für den Bezirk durch das Solidarische Grundeinkommen geschaffen werden könnten.

Zentrale Aufgabe der SPD wird es dabei sein, unsere **Sozialversicherungssysteme an die veränderten Gegebenheiten der digitalen Arbeitswelt** anzupassen. Wie früher die industrielle Revolution muss auch heute der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel der Digitalisierung von der SPD sozial gestaltet werden.

Mieten und Wohnen

Für uns ist ganz klar, dass Mieten und Wohnen die brennendsten Themen in unserer wachsenden Stadt sind. Nicht nur die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Luxusmodernisierungen und beständig steigende Mieten, sondern sogar auch die Entmietung und Vernichtung von Wohnraum im Normalpreissegment sind inzwischen tägliche bezirkliche Realität; Gentrifizierung ist allgegenwärtig. Dieser Entwicklung wollen wir endlich entschieden entgegenreten. Hier müssen wir neben unseren allgemeinen politischen Zielsetzungen, preiswerten Wohnraum zu erhalten und durch Neubau zu vermehren, praktische Ansatzpunkte realisieren.

Ansatzpunkte für eine Diskussion und Entwicklung sind beispielsweise ein bezirkliches Neubaubündnis, zügige Ausweisung von Milieuschutzgebieten, restriktive Handhabung von Abrissgenehmigungen und eine konsequente Umsetzung des Modells der kooperativen Baulandentwicklung. Wir müssen geeignete Mittel finden, die sich gegen die Gentrifizierung richten. Milieuschutzgebiete sind nur ein Beispiel von vielen. Wir müssen alle Möglichkeiten auf den Prüfstand stellen und auch neue Wege bei der Wohnungspolitik gehen. Wir brauchen so schnell wie möglich bezahlbaren Wohnraum!

Als Hilfe für die betroffenen Mieterinnen und Mieter des Bezirks sowie zur Erlangung eines spürbaren sozialen Profils nimmt sich die SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf daher die Entwicklung eines langfristigen politischen Schwerpunktes Mieten und Wohnen vor.

In diesem Schwerpunkt sollen neben regionalen Beiträgen der Abteilungen Beiträge einer im Kreis zu gründenden Koordinationsgruppe unter Leitung des gKV ebenso einfließen wie Beiträge der Arbeitsgemeinschaften, der BA-Mitglieder, der BVV-Fraktion und der Abgeordneten. Natürlich wird es dazu genauso wichtig sein, sich mit den entscheidenden Akteuren einer mieterorientierten Wohnungspolitik zu vernetzen und die Positionsbildung bedarfsgerecht voranzutreiben.

Handlungsoptionen sind u.a.:

- Kooperation mit und Unterstützung von Mieterinitiativen gegen Abriss-, Umwandlung- und Luxusmodernisierung
- Einbindung potentieller Bündnispartner wie z. B. des Berliner Mietervereins
- Ein bezirkliches Bündnis für den Erhalt und Ausbau von bezahlbarem Wohnraum mit u. a. kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermietern
- Entwicklung eines umfassenden mietenpolitischen Rechts- und sonstigen Beratungsangebotes (z.B. auch Wohngeld und Sozialberatung) für Betroffene
- Förderung und Beschleunigung der Festsetzung von Milieuschutzgebieten aufgrund bestehender Aufstellungsbeschlüsse sowie die Förderung weiterer Milieuschutzgebiete bis zum flächendeckenden Milieuschutz (Ausnahmegebiete möglich) im Bezirk, einschließlich der Forderung nach ausreichender Personalausstattung
- Politische Einforderung der vollen Anwendung der Maßnahmen des Zweckentfremdungsgesetzes, einschließlich des „Austestens der Grenzen“, Organisation einer Schulung zum Gesetz für Aktive
- Identifizierung öffentlicher Neubauf Flächen im Bezirk mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Dialog mit Wohnungsgenossenschaften
- Entwicklung von landes- und bundespolitischen Forderungen anhand konkreter Beispiele unzureichender Regelungen, einschließlich entsprechender Initiativen der Abgeordneten. Als Problem identifiziert ist bereits die Entwicklung strengerer Kriterien für die Erteilung einer Abrissgenehmigung in der BauO Bln und längerfristig Forderungen zu einer sozialen Bodenpolitik
- Entwicklung eines umfassenden innerparteilichen wie öffentlichen Kommunikationskonzeptes zu den durchgeführten Aktivitäten im Print-, Presse und digitalen Bereich, soweit möglich unter Einschluss der Erkenntnisse zum „guten Regieren“

Am ehesten können wir unsere wohnungspolitischen Ansätze anhand aktiver Politik zu beweisen. Die Schaffung von neuen Milieuschutzgebieten, die Verhinderung von Abriss und Zweckentfremdung sind hier das Eine. Aber wir müssen auch beweisen, dass uns Wohnungsneubau im Bezirk mindestens

genauso wichtig ist. Dazu können z. B. die Forderungen nach Entwicklung des so genannten „Westkreuzparks“, der Deckelung der A100 Funkturm bis Spandauer Damm, der Entwicklung des BVG-Betriebshofs Wilmersdorf zu einem neuen Wohngebiet mit einem großen, von unseren Wohnungsbaugesellschaften getragenen Anteil an Sozialwohnungen, ein Beitrag sein, den wir als Partei in enger Abstimmung mit unserer BVV-Fraktion und den sozialdemokratischen Mitgliedern des Bezirksamtes angehen sollten.

Migration und Zuwanderung

Das Thema Zuwanderung ist für uns in Berlin schon lange ein wichtiges Thema. Dennoch hat sich im Zuge der Zuwanderung von Kriegsgeflüchteten der Umgangston verschärft. Vor allem die CSU und ihre menschenverachtende Politik befeuert dieses Denken zusätzlich. Die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, hat den Weg aus den Sonntagsreden in die Organisationswirklichkeit der SPD noch nicht ausreichend geschafft.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es offensichtlich, dass Zuwanderung, aber auch das unumstößliche Recht auf Schutz und Asyl wichtige Themen für uns darstellen. Hier brauchen wir klare und verlässliche Regeln für alle Beteiligten. Global gesehen stehen dabei auch die Fragen der Handelspolitik und der Verantwortung der deutschen Wirtschaft in der Welt im Mittelpunkt, aber auch die Fremd- und Selbstwahrnehmung Deutschlands. Es stellt sich die Frage nach der Fortentwicklung der Nato, der internationalen Militäreinsätze, der transatlantischen Beziehungen. Wir wollen im Zuge des EU-Wahlkampfes eine Kampagne „EU-Bürgerinnen und Bürger im Bezirk“ starten.

Integration

Integration ist ein wichtiger Bestandteil der Zuwanderung. Wir wollen in unserer Stadt, in unserem Bezirk integrativ wirken. Wir müssen die konkreten Herausforderungen für den Bezirk benennen und Antworten finden. Neiddebatten kann nur entgegengewirkt werden, wenn sachliche Informationen entgegengesetzt werden. Wir brauchen bei uns im Bezirk eine Willkommenskultur. Vielfalt gehört zur Identität unserer Stadt.

Europa-Wahlkampf

Wir wollen als SPD Charlottenburg-Wilmersdorf auf die wirtschaftlichen Aspekte der Zuwanderung (Handel, Gastronomie etc.) hinweisen. Wir müssen klare Antworten auf die wichtigen Fragen der Zuwanderung definieren und verlässlich beantworten können. Dafür müssen wir gezielt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ansprechen. Wir wollen in unserem Bezirk interkulturelle Begegnungen ermöglichen.

Charlottenburg-Wilmersdorf, der Kreis, aus dem die Berliner Spitzenkandidatin sowie ihr „Huckepack-Kandidat“ stammen, kommt im anstehenden EU-Wahlkampf 2019 sicherlich eine besondere Rolle zu. Bei der Europawahl 2014 hat die SPD CW mit 27,8 % das zweitbeste Ergebnis für die SPD in ganz Berlin geholt, das sollte uns den nötigen Rückenwind auch für die nächste Wahl geben.

Wir sind die stärkste Mitgliederpartei. Das müssen wir nutzen und unsere Mitgliederinnen und Mitglieder und Aktiven mobilisieren: Für ein starkes, geeintes Europa, das sozialen Fortschritt und ökologische Nachhaltigkeit garantiert **und den Entwicklungsländern nicht z. B. in den Bereichen Handel und Steuern Schaden zufügt.**

Bei der anstehenden Europawahl geht es ums Ganze. Die Europäische Union ist in einer schlechten Verfassung und steht von vielen Seiten unter Beschuss. Die überwiegend konservativen und rechten Mitgliedstaaten haben die Krise genutzt, um ihren Einfluss und ihre Macht auszubauen. Sie haben das Gleichgewicht der EU-Institutionen gegenüber dem EP und der Kommission zu ihren Gunsten verschoben und einen ökonomischen Egoismus der Nationalstaaten und damit die Entsolidarisierung befördert. Anstelle einer politischen Union haben sie das Projekt der Wettbewerbsstaaten gesetzt und durch die forcierte Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik die Rolle öffentlicher Güter und damit die Daseinsvorsorge geschwächt. Angriffe auf soziale Grundrechte und der Druck zur Dezentralisierung der Tarifpolitik in den Ländern des Südens haben zudem die Verhandlungsmacht vieler Gewerkschaften beschädigt.

Wachsende Ungleichheit und Armut in Europa waren und sind die Folge. Gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit wird nach wie vor zu wenig getan.

Die Konzentration von Vermögen und Einkommen in den Händen weniger ist die andere Seite der Medaille. All dies gefährdet den Zusammenhalt Europas und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Die fortschreitende Entsolidarisierung zeigt gerade in der Migrationspolitik Wirkung, nirgendwo treten nationale Egoismen deutlicher zutage als hier. Mit 500 Millionen Bürger und Bürgerinnen müsste die EU in der Lage sein, 700 Tausend Asylsuchende (im Jahr 2017) aufzunehmen. Die Sozialdemokratie tritt für eine menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik in Europa ein. Die EU muss endlich legale Wege eröffnen, Europa zu erreichen, Anreize setzen Flüchtlinge aufzunehmen und in die Gesellschaft zu integrieren, Schleppern und Menschenhändlern das Handwerk legen und das Sterben im Mittelmeer zu beenden.

Die SPD hat der neoliberalen Europa- und Desintegrationspolitik in den großen Koalitionen der letzten Jahre zu wenig entgegengesetzt. Ein neuer Aufbruch in der EU-Politik ist deshalb überfällig.

Bei dieser Schicksalswahl müssen wir deutlich machen, wofür wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen, wofür wir uns einsetzen. Wir müssen die Ursachen des wachsenden Rechtspopulismus angehen und uns nicht nur mit den Symptomen und den nationalistischen Apologeten beschäftigen.

Denn die Arbeit des EP ist entscheidend dafür, wie wir in Zukunft leben und arbeiten werden. Wir kämpfen deshalb für ein föderales, solidarisches Europa mit guter Arbeit, fairer Mobilität und sozialer Sicherheit für alle. Wir kämpfen für ein Europa mit Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa. Wir wollen demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starken Grundrechte in Europa verwirklichen. Die EU muss endlich sicherstellen, dass das Lohn-, Sozial- und Steuerdumping beendet wird.

Von zentraler Bedeutung ist auch die lange überfällige Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie muss demokratisch und sozial ausgestaltet werden.

Anstelle von Kleinstaaterei und Nationalismus brauchen wir mehr europäische Handlungsfähigkeit, um gemeinsam die Herausforderungen zu meistern, die national nicht mehr zufriedenstellend zu lösen sind: Klimawandel, eine faire Globalisierung, Digitalisierung, Migration.

Dafür treten wir ein. Für ein Europa der Menschen, nicht der Märkte.

Organisatorische Erneuerung

Der Wandel gesellschaftlicher Strukturen in der Vergangenheit, insbesondere die Differenzierung sozialer Bezugsgruppen in sehr unterschiedliche Milieus, bildet sich in unseren Parteistrukturen nur sehr unzureichend ab. Der Kern der SPD-Organisation folgt ausschließlich dem Wohnortprinzip, obwohl die digitalen Möglichkeiten der Kommunikation zunehmend stärkere Bedeutung erlangen. Die Intensität beruflicher Auslastung und der Auslastung in der Ausbildung nimmt zu. Dies verstärkt auch die Identifikation der Menschen mit dem Umfeld ihres Arbeits- Ausbildungs- oder Studienplatzes.

Wir wollen als SPD Charlottenburg-Wilmersdorf nicht nur inhaltlich neue Wege gehen. Wir müssen auch unsere **Organisationsstrukturen auf den Prüfstand der Moderne stellen.**

Kommunikation extern

Unsere Kommunikation nach außen muss besser werden! Wir wollen im Bezirk als ansprechbare Partei sichtbar sein und gleichzeitig wichtige Themen auch medial besetzen. Dazu brauchen wir eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit. Auch unsere Website braucht eine Überarbeitung und eine andere

inhaltliche Nutzung. Wir müssen uns auch im Klaren werden, dass die Nutzung von sozialen Medien im digitalen Zeitalter ein wichtiger Aspekt ist. Gleichwohl bleiben unsere klassischen Kommunikationswege, wie das Berliner Stadtblatt, unsere Feste oder einfach nur Stände ein wichtiges Kommunikationsinstrument mit den Bürgerinnen und Bürger.

Die Zielgruppen der externen SPD-Kommunikation sind natürlich vorrangig die Bürgerinnen und Bürger sowie Wählerinnen und Wähler, die dort angesprochen werden sollen, wo sie sich aufhalten. Wir gehen zu den Bürgerinnen und Bürgern und warten nicht darauf, dass sie zu uns kommen. Einzelzielgruppen wie z. B. Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten oder Jugendliche müssen verstärkt auch eigenständig inhaltlich (z. B. über Arbeitsgemeinschaften) angesprochen werden.

Ergänzend müssen wir unsere Präsenz in bzw. Zusammenarbeit mit Verbänden, Bürgerinitiativen, NGOs und anderen gesellschaftlich relevante Gruppen verstärken. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die SPD als eine Partei wahr, ganz gleich, ob es sich um die Bezirks- oder Landesebene oder die regionalen Abteilungen vor Ort handelt. Sie wollen deswegen auch Lösungen aus einem Guss und nicht die Hinweise darauf, dass jeweils die Landes- oder Bundesebene zuständig ist und eine gute SPD vor Ort unmöglich macht. Dieses Argument wird nur akzeptiert, wenn es sich um die politische Zuständigkeit des politischen Gegners handelt (was natürlich durch die große Koalition im Bund schon in Hinblick auf die CDU schwieriger wird).

Die Arbeit der verschiedenen Gliederungen, besonders auf lokaler (Abteilungen) und thematischer (Arbeitsgemeinschaften) Ebene muss noch öffentlicher gemacht werden, d. h. Einladungen und Angebote müssen präsent sein, Wege gefunden werden, die Bürgerinnen und Bürger auf die SPD-Angebote aufmerksam zu machen (Aushänge, Pressearbeit, Internet etc.).

Wir müssen als SPD Charlottenburg-Wilmersdorf kontinuierlich Präsenz zeigen. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen, wo sie uns finden können und wer ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind, werden sie auf uns zukommen. Wir wollen eine Partei der "Kümmerer" sein und Sachverhalte zügig klären. Unsere politischen Erfolge wollen wir nicht verstecken, sondern auch nach außen tragen.

Öffentliche Aktionen

Stände auf den Straßen sind für uns immer noch ein wichtiges Mittel, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Dazu wollen wir die Mitglieder schulen und ihnen auch neue integrative Möglichkeiten von politischen Ständen, wie zum Beispiel durch Bodenzeitungen aufzeigen. Wir wollen Unterstützung beim Aufbau anbieten, aber auch Ressourcen sinnvoll bündeln.

Eine gute Möglichkeit, mit den Bürgerinnen und Bürger ins Gespräch zu kommen, sind unsere kreisweiten Veranstaltungen, z. B. unsere Stolperstein-Putzaktionen. Aber auch die kreisweiten Standak-

tionen zur vierteljährlichen Verteilung der Bezirksausgabe des Berliner Stadtblattes geben uns mehr Möglichkeiten, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Weiterhin wird der Frühjahrsempfang von Kreis und BVV-Fraktion mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und Verbänden im Bezirk durchgeführt. Kreisvorstand und BVV-Fraktion werden darüber hinaus verstärkt mit ausgesuchten gesellschaftlichen Gruppen ganzjährig den Dialog zu politischen Themen suchen.

Durch jährlich zwei zentrale Kreisfeste am Lietzensee und auf dem Rüdeshheimer Platz sowie durch die Fortsetzung der Unterstützung nach außen gerichteter Veranstaltungen von Abteilungen durch den Kreis wird sich die SPD auch weiterhin öffentlichkeitswirksam präsentieren. Ergänzend zu den o. g. Infoständen und Sonderaktionen bilden diese öffentlichen Veranstaltungen ein wichtiges Instrument, um im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern Anregungen entgegen zu nehmen und unsere Politik zu vermitteln.

Preisverleihung „Rotes Tuch“

Alle zwei Jahre verleiht die SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf, unterstützt durch den SPD-Landesverband, den antifaschistischen Jugendmedienpreis „Das Rote Tuch“. In enger Abstimmung mit dem neuen Landesvorstand soll diese Kooperation fortgesetzt werden. Nach dem großen öffentlichen Interesse an der letzten Verleihung ist nunmehr klar, dass der Preis über die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hinaus Beachtung gewonnen hat. Wir danken dem Verein „Das Rote Tuch“ für die tatkräftige Unterstützung und fordern ausdrücklich alle Genossinnen und Genossen im Kreis auf, dem Verein beizutreten und so den traditionellen Preis zu unterstützen.

Gemeinsam feiern

Eine wichtige Tradition der Arbeiterbewegung ist das gemeinsame Feiern. Neben den üblichen Straßenfesten sind auch Veranstaltungen wie der „Tanz in den Mai“, Sommerfeste und -ausflüge und Weihnachtsfeiern wichtige Anlässe, Gemeinsamkeiten zu pflegen und zu leben. Diese Tradition wollen wir beibehalten und weiterentwickeln.

Ämter und Mandate

Instrumente der Gleichstellung

Frauen stellen die Hälfte der Gesellschaft dar. Daraus leitet sich für uns natürlich der Anspruch ab, dieses Verhältnis in allen Parteistrukturen abzubilden. Darüber hinaus ist verstärkte organisatorische und kulturelle Einbeziehung der migrantischen Milieus geboten. Wenn andere Maßnahmen nicht erfolgreich sind, sollte als letzter Schritt auch die Einführung einer Migrantinnen- und Migrantquote geprüft werden, damit die SPD sich als linke Volkspartei behaupten kann.

Eine harte Quotierung bei Diskussionen, z. B. bei Kreisdelegiertenversammlungen, kann einen Anreiz darstellen die Redebeteiligung von Frauen zu fördern. Vor allem dem männlich-dominierendem Restil würde so entgegengewirkt werden.

Delegierte für AGen bei KDVen und Landesparteitagen

Brauchen die AGen ihr eigenes Kontingent an Delegierten zur KDV oder dem LPT? Diese Forderung wurde erhoben. Dafür spricht, dass die Teilhabe an den Entscheidungsprozessen auch für die hauptsächlich in den AGen engagierten Mitgliedern möglich sein muss. Ein zusätzliches Engagement in den Abteilungen muss nicht zwingend von den aktiven Mitgliedern aus den AGen erwartet werden. Das greift ebenfalls die bundesweit diskutierte Frage nach der Lockerung des Ortsprinzips auf.

Bis auf die Jusos werden die meisten AGen hauptsächlich aus den Abteilungen gespeist. Zusätzliche Kontingente können zu Konflikten in den "Gliederungsloyalitäten" führen. Bestimmte Abteilungen könnten so de facto mehr Delegierte erhalten, als ihnen zustehen. Außerdem ist das Ortsprinzip in Berlin, im Gegensatz zu vielen anderen Landesverbänden, nach wie vor funktional.

Fit für innerparteiliche Ämter

Wir finden die innerparteiliche Demokratie wichtig und fördern daher ausdrücklich Kandidaturen für Parteiämter. Es ist wünschenswert, wenn mehr Mitglieder ihr Recht wahrnehmen, für die verschiedenen Positionen im Kreis zu kandidieren. Um zu gewährleisten, dass wir genügend geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für unsere verschiedenen Ämter und Mandate aufstellen können, ist es uns ein wichtiges Anliegen, frühzeitig Mitglieder zu fördern und auf mögliche Ämter und Mandate vorzubereiten. Dazu gehört eine aktive Förderung der (Neu)Mitglieder und innerparteiliche Bildungsangebote, z. B. über eine **Parteischule in CW**.

Wir nehmen uns vor, auf Kreisebene einmal im Jahr Schulungen für unsere (Neu-) Mitglieder durchzuführen. Die Schulungen sollten dabei die Grundlagen der Parteiarbeit vermitteln und gleichzeitig Mitgliedern die Möglichkeit der Vernetzung außerhalb der regulären Strukturen bieten. Dabei soll möglichst auf die Expertise der Genossen und Genossinnen aus Charlottenburg-Wilmersdorf zurückgegriffen werden.

Wechselseitige Impulse mit Bürgerinnen und Bürger & Gremien

Wir wollen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger Verständnis und Demut für ihre jeweilige Situation zeigen. Auch die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus unserem Bezirk sind dazu angehalten, so häufig wie möglich mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten. Doch müssen wir auch darauf achten, dass unsere öffentliche Kommunikation deckungsgleich mit unseren politischen Zielen ist.

Kommunikation intern

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir brauchen eine bessere Vernetzung der verschiedenen politischen Ebenen. Internetbasierte Beteiligungsformate, aber auch unsere Öffentlichkeitsarbeit soll ausgebaut werden. Mit dem großflächigen Versand von E-Mails wird daher sparsam umgegangen, um es als wichtiges Informationsmedium zu erhalten. Wir müssen uns auch die Frage stellen, ob wir Termine besser kenntlich machen können. Eine Möglichkeit bestünde in einem digitalen Kalender, der von den Mitgliedern abonniert werden kann. Wir müssen auch gänzlich fragen, wie wir in Zukunft unsere Website benutzen wollen. Ein SPD-Wiki würde zusätzlich vor allem für Neumitglieder die Möglichkeit schaffen, sich leichter über die Begriffe und Positionen innerhalb der SPD zu informieren. Dies ist vor allem für die Landesebene erstrebenswert. Als Teil der Transparenz wollen wir damit in Zukunft darstellen, was mit unseren Anträgen und Anfragen passiert.

Wir brauchen den CWS. Dennoch müssen wir uns fragen, wie dieser in Zukunft ausgestaltet werden soll. Auch ein neues "analoges" Format, welches komprimierter ist und in kürzeren Intervallen erscheint, wäre möglich. Gleichzeitig wollen wir neue Kommunikationsmethoden ausprobieren. So können digitale Diskussionsforen gemeinsames Arbeiten erheblich erleichtern.

Arbeitsgemeinschaften, Neumitglieder, Abteilungen, Kreisvorstand

Arbeitsgemeinschaften

Ein Herzstück unserer politischen Arbeit leisten die Arbeitsgemeinschaften. Mit ihrer Themenexpertise tragen sie einen wichtigen Teil zur politischen Diskussion bei. Ihre Stimme muss im Kreisvorstand gehört werden. Teilweise Überlappungen der Themengebiete mit den Beisitzerinnen und Beisitzern im Kreisvorstand müssen als Synergien verstanden werden und nicht als konkurrierende Doppelstrukturen. Dafür müssen die Beisitzerinnen und Beisitzer eng mit den Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten und ihre Aufgabenbereiche klar abgrenzen. Nichtsdestotrotz müssen Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit haben sich ein unabhängiges Profil zu erarbeiten. Wir wollen die Zielgruppenarbeit auf allen Ebenen stärken.

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass alle Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit haben auch selbständige Projekte durchzuführen, die eben somit Kosten verbunden sein können. Ein eigenes Budget wird dafür jedoch nicht als notwendig angesehen. Für die bessere Planbarkeit wäre es sinnvoll, wenn die Arbeitsgemeinschaften am Anfang des Jahres dem Kassierer oder der Kassiererin eine grobe Budgetplanung zukommen ließen.

Neumitglieder

Die Arbeit mit den Neumitgliedern stellt einen herausgehobenen Teil unserer politischen Arbeit dar. Wir sind dankbar für jedes Neumitglied. Ziel muss es sein, dass sich Neumitglieder sofort bei uns in der Partei aufgenommen fühlen und in die Strukturen eingeführt werden. Wir wollen daher wieder ein Mentoring durchführen. Wichtig ist aber auch das regelmäßige Neumitgliedertreffen auf Kreisebene, wo sowohl Abteilungen als auch AGen präsent sein sollen. Um die Neumitglieder noch schneller ansprechen zu können, wollen wir ein Begrüßungspaket von Kreis und Abteilungen zusammenstellen und den neu Eingetretenen zukommen lassen. Ebenso soll den Verschickungen von der Landesebene Informationen über unsere Abteilungen und den Kreis beigefügt werden.

Die guten Erfahrungen der bisherigen Neumitgliederabende sollen fortgeführt werden. Dafür wollen wir einmal im Jahr einen Neumitgliederabend durchführen, der den Neumitgliedern ein möglichst niedrigschwelliges Angebot macht, sich persönlich über das Parteileben zu informieren.

Abteilungen

Die Abteilungen sind **eine Basis der politischen Willensbildung der SPD und eine Verbindungsstelle** zwischen sozialdemokratischer Politik und Bevölkerung. Durch die Abteilungen wird Politik zu den Menschen gebracht und mit Personen identifizierbar. Die Abteilungen der SPD gehören zu den wenigen Orten in unserer Gesellschaft, an denen unterschiedliche Alters- und Sozialgruppen zusammenkommen, um etwas gemeinsam zu tun: Politik zu gestalten, Gemeinschaft zu erleben, Geselligkeit zu erfahren, aber auch Aktionen und Kampagnen zu gestalten. Dies ist eine große Chance, die wir offensiver und selbstbewusster nutzen sollten.

Kreisvorstand

Für uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass Familie, Beruf und politisches Ehrenamt miteinander vereinbar sind. Daher wollen wir unsere Kreisvorstandssitzungen von 19.30 bis 21.30 begrenzen. Die begonnene Arbeit der Arbeitsgruppe zur Kreisreform unterstützen wir auch weiterhin.

Kreisdelegiertenversammlungen

Die Kreisdelegiertenversammlung bleibt auch weiterhin das wichtigste Gremium für unsere politische Arbeit und das höchste beschlussfassende Gremium in unserem Kreis. Wir wollen die KDV nutzen, um die Willensbildung und Positionsbildung des Kreises voranzubringen. Unser Ziel muss es sein, die Debattenkultur zu stärken. Dafür müssen vermehrt die inhaltlichen Debatten im Vordergrund stehen. Eine Ausnahme stellen dabei die Wahl-KDVen dar. Hier wollen wir prüfen, inwieweit wir ein e-Voting Verfahren anwenden können, um überlange Wahlprozeduren zu vermeiden.

Einladungen zu Kreisdelegiertenversammlungen müssen allen Mitgliedern der SPD CW fristgerecht zugänglich sein. Ebenso müssen Antrags- und Beschlussbücher allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden. Fristen sind transparenter zu gestalten.

Wir wollen bei unseren Versammlungen ein Klima des Zuhörens. Nur dies ermöglicht uns, Debatten auch effektiv gemeinsam führen zu können. Wir wollen evaluieren, ob wir die Wortbeiträge generell auf 5 Minuten beschränken wollen. Bei einem zweiten Wortmeldebeitrag könnte man die Redezeit auf 3 Minuten beschränken. Darüber hinaus könnte eine hart quotierte Redeliste zum Einsatz kommen. Über diese Möglichkeiten wollen wir gemeinsam diskutieren. Wir wollen öfters aus dem Rathaus kommen und streben daher an für unsere Veranstaltungen verschiedene Veranstaltungsorte im Bezirk zu nutzen.

Wir wollen evaluieren, ob wir besser mit oder ohne Antragskommission arbeiten können. Antragskommissionen haben viele Vorteile, aber auch einige Nachteile. Wir wollen gemeinsam diskutieren, ob wir für unsere Arbeit eine Antragskommission benötigen oder nicht.

Neben den Kreisdelegiertenkonferenzen, die nach dem Delegiertenprinzip ausgerichtet sind, wollen wir darüber hinaus vermehrt Mitgliederforen nutzen, um mit allen Mitgliedern ins Gespräch zu kommen.

Breite Diskussionen in der SPD CW

Die politische Willensbildung muss von unten nach oben planvoll organisiert sein. Die Kreisvorstandsmitglieder sind daher dazu angehalten, Veranstaltungsideen zu entwickeln und durchzuführen. Es ist wünschenswert, dass alle thematischen Beisitzerinnen und Beisitzer mindestens eine Veranstaltung oder ein Projekt in der Wahlperiode realisieren. Als demokratische Partei ist es uns jedoch ein wichtiges Anliegen, dass wir richtungsentscheidende Diskussionen nicht im kleinen Rahmen führen, sondern gemeinsam mit unseren Mitgliedern. Basisbeteiligung ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen gemeinsam neue Positionen erarbeiten und diskutieren, anstatt in exklusiven Gruppen.

Wir brauchen eine gute Debattenkultur. Oft wird nicht richtig in Diskussionen zugehört. Dies wollen wir versuchen zu ändern. Neue Veranstaltungsformate können dazu beitragen, eine neue Diskussionskultur zu schaffen. Mögliche Formate sind zum Beispiel der Dialog mit Bürgerinnen und Bürger, World-Café oder Fishbowl Diskussionen. Dabei wollen wir ein breites Themenspektrum in unseren Diskussionen abdecken. Wir sehen es als sinnvoll an, wenn Abteilungen gemeinsame Veranstaltungen anbieten. Wir wollen Anträge und Tagesordnungen auf allen Ebenen mindestens eine Woche vorher den Mitgliedern zur Verfügung stellen.